

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung
Teilweise nichtöffentlich zu TOP 5

Hauptausschuss

94. Sitzung
25. August 2021

Beginn: 12.25 Uhr
Schluss: 18.49 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

– Mitteilungen der Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzende Franziska Becker macht darauf aufmerksam, dass zu TOP 1 als Tischvorlage eine Empfehlung des Unterausschuss Vermögen – rote Nr. 3741 – verteilt worden sei. – Den Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung gemäß der Mitteilungen zur Einladung sowie der Konsensliste werde zugestimmt. Im Ausschuss herrsche Einvernehmen darüber, die TOPs 11 und 4 auf Wunsch des Finanzsenators vorzuziehen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt die gewünschte Vertagung des TOPs 3 zur Einmalzahlung an die Zoo AG damit, dass noch Modalitäten geklärt werden müssten. Daran, dass die Zahlung erfolge, bestehe aber kein Zweifel.

Christian Goiny (CDU) kritisiert in Bezug auf TOP 37, dass die BVG keine Freigabe für die Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie erteilt habe, wodurch nur eine vertrauliche Behandlung möglich sei. Er bitte die SenUVK darum, bis zum Aufruf des TOPs eine Einverständniserklärung oder die Anwesenheit eines Vertreters der BVG herbeizuführen.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der Opposition die Vertagung der Tagesordnungspunkte 3, 12, 14, 21, 31, 35 und 68. Ferner solle TOP 33 – Berliner Bäder-Betriebe – dem Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling zur Erledigung überwiesen werden. Der Vorschlag aus der Sprecherrunde am 25. August 2021, die Tagesordnungspunkte 15 A, 15 B, 18, 19, 23, 23 A, 27, 29, 34 A, 34 B, 39, 43 A, 44, 46, 47, 50 bis 54 A, 61, 62, 64 bis 66, 69 A bis 69 D, 71, 73 und 74 ohne Aussprache zu behandeln, werde angenommen.

An dieser Stelle wird beraten:

Finanzen – 15

Punkt 11 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – Fin II B – [0081 AD](#)
Statusbericht über die Haushaltsslage per 30.06.2021 Haupt
gemäß Auflage B. 97 a) – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin) erinnert daran, dass sich das Ausmaß der Coronakrise im Nachtragshaushalt zunächst in einem Finanzierungsdefizit von knapp 3,8 Mrd. Euro niederschlagen habe. Wie in den Beratungen bereits angekündigt, rechne SenFin aber mit einem Abflauen der Krise und bemühe sich darum, das Defizit zu verringern – was bereits gelungen sei: Nach der Prognose des Statusberichts liege es nunmehr knapp unter 3 Mrd. Euro. Auch sei es gelungen, Mittel für die Jahre 2022/23 aus der Kreditaufnahme von 7,3 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. – SenFin gehe weiter von einem positiven Trend aus, eine Ansicht, die auch die Bundesbank teile.

Die Steuerschätzung im Frühjahr 2021 habe 478 Mio. Euro über der Schätzung des Vorjahres gelegen. Ein Grund hierfür seien u. a. steuerrechtliche Änderungen, durch die dem Land 219 Mio. Euro zufielen. SenFin rechne damit, dass sich der positive Trend mit der Steuerschätzung im November fortsetze.

Deutlich gestiegen seien sowohl die sonstigen Einnahmen – plus 3,393 Mrd. Euro – als auch die konsumtiven Sachausgaben, die bei 3,389 Mrd. Euro lägen. Im Wesentlichen handele es sich hierbei um durchgereichte Bundesmittel im Zusammenhang mit der Coronakrise, wie zum Beispiel für Testzentren oder Ausfallzahlungen für den ÖPNV. Näheres führe der Bericht auf.

Die Personalausgaben überschritten den Haushaltssatz um lediglich 0,1 Prozent.

Hinsichtlich der Zinsausgaben profitiere das Land Berlin von den nach wie vor vorherrschenden niedrigen Zinssätzen und verfolge dabei weiter die Strategie, lange Laufzeiten zu nutzen. Die dadurch etwas höheren Sätze in Kauf zu nehmen, sei gerechtfertigt. – Die Investitionen seien gegenüber dem Vorjahr um 500 Mio. Euro gestiegen und lägen damit leicht unter dem Ansatz. Berlin habe demnach einen Abbruch der Investitionen in der Coronakrise vermeiden können.

Aufgrund des beschriebenen Finanzdefizits erfolgten zum Jahresende weder Tilgungen noch Zuführungen zum SIWA. Auch wenn das Defizit nun geringer ausfalle, als ursprünglich erwartet, stehe das Land weiterhin vor großen finanziellen Herausforderungen.

Sibylle Meister (FDP) bittet um Einschätzung der SenFin dazu, wie wahrscheinlich ein weiterer Lockdown in der Coronakrise sei. Oder sei davon auszugehen, dass sich der positive Trend in der wirtschaftlichen Entwicklung fortsetze? – Mit welchen Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs rechne SenFin? – Dieser trage dazu bei, dass die Arbeitslosenzahl sinke, verschärfe aber auch den Fachkräftemangel. Zudem stehe die Verrentung der Babyboomer an. Gehe SenFin angesichts dessen von einem linearen oder exponentiellen Anstieg der Versorgungsleistungen aus?

Christian Goiny (CDU) schließt sich der Frage seiner Vorrednerin zur demografischen Entwicklung an. Inwiefern beeinflusse die Bevölkerungsprognose die Mechanismen des Haushalts? – Laut Statusbericht bleibe Berlin in den nächsten Jahren rund 1,5 Mrd. Euro hinter dem Vorkrisenniveau zurück. Habe SenFin hierfür konkrete Gründe identifiziert?

In welcher Höhe seien noch coronabedingte Ausgaben wie Wirtschaftshilfen und Ausfallzahlungen zu erwarten? Habe Berlin hierfür noch ausreichend Rücklagen? Auf welcher Grundlage könnten notwendige Hilfen in den ersten Monaten des Jahres 2022 geleistet werden, wenn noch kein verabschiedeter Haushalt vorliege?

Unter den konsumtiven Sachausgaben liste SenFin in der Vorlage 34 Mio. Euro Minderausgaben für die Unterhaltung des Straßenlandes auf, gegenüber einem Plus von 32 Mio. Euro für den bezirklichen Tiefbau. Hierzu wünsche er genauere Informationen.

Dr. Kristin Brinker (AfD) kommt darauf zu sprechen, dass die Beteiligten für den Haushalt 2022/23 bereits Rücklagen in Höhe von 700 Mio. Euro gebildet und mit Defiziten geplant hätten, die nicht mit der Coronakrise zusammenhingen. Jetzt kämen jedoch die coronabedingten Effekte hinzu. Des Weiteren sei zu berücksichtigen, dass die US-Notenbank ihr Anleihekaufprogramm reduziere – ein Trend, dem sich die EZB nicht dauerhaft werde verschließen können.

Die Berliner Bezirke zeigten sich zunehmend besorgt über ihre Finanzlage. Inwiefern trafen sie nach Einschätzung der SenFin im kommenden Haushalt Mindereinnahmen? Wie könne den Bezirken mehr Planungssicherheit gegeben werden? – Der Rechnungshof habe festgestellt, dass das Land seinen Personaleinsatz deutlich optimieren könnte. Welche Möglichkeit sehe der Senat? – Ab 2023 beginne die Tilgung des Notlagenkredits. Sie bitte um Informationen zum Tilgungsplan.

Daniel Wesener (GRÜNE) bemerkt einleitend, dass er hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung den Optimismus des Finanzsenators teile. – In Bezug auf die Personalausgaben erinnere er daran, dass in der Vergangenheit teilweise 50 bis 100 Mio. Euro zusätzliche Minderausgaben vorgekommen seien. Einerseits erreiche Berlin die Vorgaben immer besser – beispielsweise durch beschleunigte Einstellungsverfahren –, andererseits stelle sich die Frage, ob die im Haushaltstsentwurf im Personalbereich angesetzten Zahlen tatsächlich noch erreicht werden könnten.

Als eigentliches Problem erschienen im Statusbericht die Sachausgaben, bei denen es besonders schwierig sei, pandemiebedingte Effekte herauszurechnen. Die Zahlen im Bericht seien nicht summiert und systematisiert, daher bitte er um Erläuterung der Herangehensweise. Schließlich stelle sich für die folgenden Haushalte die Frage, inwieweit der konsumtive Aufwuchs auf coronabedingte Effekte zurückzuführen sei.

Bei den Investitionen überrasche die Höhe der Bauinvestitionen in Hauptgruppe 7: Diese lägen mit 700 Mio. Euro 140 Mio. Euro über jenen des Vorjahrs. Wie realistisch sei diese Zahl?

Steffen Zillich (LINKE) zeigt sich erfreut darüber, dass der Statusbericht deutlich höhere Einnahmen ausweise als zuletzt der Nachtragshaushalt. Er gebe aber zu bedenken, dass die Entwicklung in anderen Bundesländern schlechter verlaufen könne, sodass Berlin durch die Finanzmechanismen zwischen Bund und Ländern vom Aufwuchs womöglich nur ein Teil bleiben werde. Die mittelfristigen Auswirkungen dessen seien vermutlich noch nicht abzusehen.

Dass die Personalausgaben im Plan seien, sei ein Zeichen dafür, dass die Coronakrise die Einstellungsverfahren nicht gebremst habe. Die Berliner Verwaltungsabläufe hätten sich eingespielt. Dadurch gebe es aber auch keine Minderausgaben im Personalbereich.

Die Investitionsausgaben zögen laut Statusbericht an. Er halte es jedoch für fraglich, inwieweit sich die optimistischen Prognosen der jeweiligen investitionsführenden Stellen zum Jahresende bewahrheiteten. Der für das zweite Halbjahr 2021 noch geplante Mittelabfluss stelle sich im Verhältnis zum ersten Halbjahr recht groß dar.

Insgesamt sehe er mittelfristig erhebliche Herausforderungen: Das Land werde deutlich weniger Einnahmen verzeichnen, als vor der Krise geplant, und gleichzeitig stiegen die konsumtiven Ausgaben stark an. Die Frage, wie das Land die Investitionsfähigkeit sichern und eine Notbremsung bei den Ausgaben vermeiden könne, sei weiter ungeklärt. Seiner Ansicht nach müssten bereits jetzt zusätzliche Mittel für coronabedingte Folgekosten fließen.

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin) beantwortet die Frage der Abgeordneten Meister dahin gehend, dass SenFin weiter von einem leicht ansteigenden Trend ausgehe. Zwar sei die Arbeitslosigkeit in der Krise angestiegen, paradoxe Weise aber auch die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter – von Ende 2019 bis Ende 2020. Bestimmte, auch zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche wie die IT seien unbeeinträchtigt weitergewachsen. Umgekehrt zeigten betroffene Branchen wie der ÖPNV und der Flugverkehr Remanenzeffekte. So zähle die BVG aktuell immer noch 30 Prozent weniger Fahrgäste als vor der Krise.

Insgesamt erhole sich die Berliner Wirtschaft rasch. Im Übrigen liege das Land mittlerweile beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf vor Nordrhein-Westfalen. Berlin habe im Bundesvergleich 2019 erstmals einen überdurchschnittlichen Wert erreicht und diesen 2020 weiter ausgebaut, da es geringere Einbrüche zu verzeichnen gehabt habe als andere Bundesländer. Ziel sei eine dauerhafte Position unter den Top 3 der Länder. Gerade vom starken Zuwachs an IT-Arbeitsplätzen könne Berlin langfristig profitieren. Ähnliche Entwicklungen gebe es beispielsweise in der Versicherungswirtschaft und auch in der Verwaltung.

Zur demografischen Entwicklung verweise er auf die Ausführungen in der Finanzplanung. Im Jahr 2020 – und wohl auch 2021 – habe Berlin keinen Bevölkerungszuwachs verzeichnet. Es sei aber davon auszugehen, dass die Stadt nach der Coronakrise wieder wachse, schließlich sei der Gang in die Städte ein Jahrhunderttrend. Aus dem anstehenden Zensus werde für Berlin voraussichtlich eine Einwohnerabwertung resultieren, was SenFin bereits berücksichtige. Unter Federführung der SenInnDS und in Zusammenarbeit mit den Bezirken arbeite SenFin an einer Bereinigung der Register, damit die Zensuseffekte möglichst gering ausfallen würden. Bestrafungseffekte wie beim letzten Zensus seien zu vermeiden.

Zur Frage des Abgeordneten Goiny nach Minderausgaben bei der Unterhaltung des Straßenlandes und Mehrausgaben beim bezirklichen Tiefbau sage SenFin eine schriftliche Antwort zu.

Sollte es notwendig sein, nach dem formalen Auslaufen des Haushalts im Dezember neue Coronahilfen aufzulegen, könne SenFin dem Hauptausschuss durchaus Vorlagen unterbreiten und im Zuge dessen auch Aussagen über die absehbaren Entwicklungen einer möglichen neuen Welle treffen. Der Haushaltsentwurf 2022/23 berücksichtige Folgewirkungen von Corona wie den Ausbau der Gesundheitsämter, den der Bund zu großen Teilen mitfinanziere. Nicht vorgesehen seien jedoch Mittel für Impfzentren oder die Coronaklinik in der Jafféstraße. In der Planung der nächsten vier Jahre gehe SenFin also im Kern davon aus, dass Corona keine prominente Rolle mehr spielt. Für den laufenden Doppelhaushalt ergäben sich jedoch Zusatzeffekte, insbesondere in Gestalt der zuvor beschriebenen Durchleitmechanismen. SenFin bemühe sich diesbezüglich um eine genaue Darstellung gegenüber dem Hauptausschuss.

Die Neustarthilfe des Bundes sei in Berlin vergleichsweise stark in Anspruch genommen worden, das Land liege hier weit über dem üblichen Anteil nach Königsteiner Schlüssel. Nun verlängere der Bund die Neustarthilfe. – Auch bei den verschiedenen landeseigenen Hilfen sei die Zahl der Anträge nach wie vor relevant. Bislang bestehe der Eindruck, dass die Hilfen griffen, ein dramatischer Anstieg von Insolvenzen zeichne sich jedenfalls nicht ab. Der Mittelrahmen erscheine ausreichend, in einzelnen Bereichen seien aber Anpassungen erforderlich. Beispielsweise dürften Diskotheken und Clubs nun nach der erfolgreichen Klage eines Betreibers früher als erwartet öffnen. Der Senat bereite die entsprechenden Änderungen der Coronaverordnung vor. Mit einer Öffnung erübrigten sich dann wahrscheinlich weitere Hilfen für die Clubs.

Die Abgeordnete Brinker habe auf die Entwicklung der Anleihen in den USA hingewiesen. In der Tat seien die Unterschiede mit 2,5 bis 3 Prozent deutlich. Sollte sich diese Entwicklung auf Deutschland übertragen, bestätige dies umso mehr die Strategie des Senats, auf lange Laufzeiten zu setzen. Er gehe aber davon aus, dass der herrschende Niedrigzins noch länger bestehen werde.

Den Tilgungsplan habe SenFin dem Haushaltsgesetz als Anlage beigefügt. Die Tilgungen bewegten sich bei 270 Mio. Euro.

Zum Personal: Im Mittel aller Behörden hätten sich die Einstellungszeiten im Vergleich zum Ende der vorangegangenen Legislaturperiode von 5 bis 6 Monaten auf 3,5 Monate verkürzt. Nach den Zahlen aus dem Jahr 2020 habe die Coronakrise keine Verlangsamung bewirkt, was auf eine verbesserte IT-Unterstützung und weitere Maßnahmen zurückzuführen sei. Das Land Berlin verfüge bundesweit über eines der besten Stellenportale, welches eine parallele Bearbeitung ermögliche und auch außerhalb Berlins Bewerber anspreche.

Auf die vom Abgeordneten Wesener thematisierten hohen Steigerungsraten bei den Sachausgaben habe SenFin bereits in der vorigen Finanzplanung hingewiesen. – Die Investitionszahlen beim Bauen könnten sich zum Ende des Jahres niedriger darstellen als im aktuellen Bericht. SenFin sei hier auf die Zuarbeit der anderen Ressorts angewiesen. Es bleibe aber in jedem Fall bei einer Steigerung zum Vorjahr, die Investitionen brächen nicht ab.

Der Abgeordnete Zillich habe richtigerweise auf den Ausgleich der Finanzen zwischen den Ländern hingewiesen. Berlin verfolge bewusst keine Beggar-thy-Neighbor-Politik. Das Land sei führend bei der Besteuerung von Online-Unternehmen. So rechne die Steuerverwaltung damit, dass bis Ende des Jahres 100 000 chinesische Firmen in Deutschland umsatzsteuerpflichtig seien – zum Vergleich: 2017 seien es lediglich 400 gewesen. Deutschland könne dadurch 2021 bis zu 500 Mio. Euro Steuern einnehmen. Auch wenn nur ein Teil davon in Berlin verbleibe, halte er es für richtig, diesen Kurs weiter zu verfolgen. Es gelte die Faustformel, dass ca. 20 bis 25 Prozent der landeseigenen Steuereinnahmen in Berlin verblieben.

Die vom Abgeordneten Zillich angesprochene Herausforderung werde sicher Gegenstand kommender Koalitionsverhandlungen sein. Berlin sollte sich nicht auf kreditfinanzierte Nachtragshaushalte kaprizieren. Nach der aktuellen Vorlage sei ein Paket von 1 Mrd. Euro vorgesehen, das nicht Corona, sondern die Investitionsfinanzierung in den Mittelpunkt stelle.

Die vom Abgeordneten Goiny thematisierten Steuermindereinnahmen rührten insbesondere aus der Gewerbe-, Körperschaft-, Umsatz- und Grunderwerbsteuer. Bei Letzterer zeichne sich 2021 eine Erholung ab, die Spitzenwerte der Vergangenheit würden aber nicht erreicht. Die Lohnsteuereinnahmen seien hingegen durch den Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung leicht gestiegen. Berlin sei eines der wenigen Bundesländer, wo dies der Fall sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0081 AD zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I C 11 – vom
10.08.2021
**Bitte um Entsperrung von Haushaltsmitteln und
Kenntnisnahme einer zweiten darlehensweisen
Auszahlung von Gesellschaftermitteln an die
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) nach
§ 5 der Bundesrahmenregelung Beihilfen für
Flugplätze**

[3721](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**
hierzu:

Empfehlung des UA VermV vom 25.08.2021

[3741](#)

Haupt

Andreas Statzkowski (CDU) erläutert, der Unterausschuss Vermögensverwaltung habe ein Vermögensgeschäft zur Restrukturierung der Ludwigsfelde KG sowie des GHG Fonds beschlossen.

Der **Ausschuss** empfiehlt ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin – Restrukturierung der Ludwigsfelde KG und des GHG Fonds sowie die Beendigung der Weißig KG – möge entsprechend der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I A – vom 27.07.2021
Coronabedingte Haushaltsrisiken bei den landeseigenen Unternehmen, Überblick über den Stand der Gesellschafterdarlehen und Darstellung der Einnahmeerwartungen

[0081 AC](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den vertraulichen Bericht rote Nr. 0081 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I C 22 – vom 02.08.2021
Entnahme aus der Rücklage gemäß § 62 LHO nach Maßgabe § 12 a Abs. 3 Satz 2 NHG 20/21
hier: Einmalzahlung an die Zoologischer Garten Berlin AG zur Ablösung einer vertraglichen Verpflichtung

[3691](#)

Haupt

Vertagt.

Der Aufruf von TOP 4 erfolgte vor TOP 1 – siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I C 2 – vom 16.08.2021
Bitte um Entsperrung von Haushaltsmitteln und Kenntnisnahme einer darlehensweisen Auszahlung von Gesellschaftermitteln an die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH (Vivantes) nach § 2 Abs. 5 lit. c) der Bundesregelung Beihilfen für niedrigverzinsliche Darlehen 2020

[3722](#)

Haupt

Vertrauliche Beratung

Sibylle Meister (FDP) bittet um Erläuterung, wie die beträchtliche Darlehenssumme von 180 Mio. Euro zustande komme. Die Zahlen im Beteiligungsbericht vom Februar 2021 hätten die schwierige finanzielle Situation bereits gezeigt, aber die Höhe des nun nötigen Darlehens sei unerwartet. – Befänden sich Krankenhäuser anderer Träger aufgrund der Pandemie in einer ähnlichen finanziellen Situation oder gebe es bei Vivantes Besonderheiten?

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, warum die Zinszahlung auf eine endfällige Zahlung statt auf eine jährliche Zahlung gestellt worden sei und ob dies üblich sei. Aufgrund der Größenordnung des Darlehens wäre ein halbjährlicher Fortschreibungsbericht zur Entwicklung der Situation hilfreich.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, dass Vivantes im Gegensatz zu anderen Trägern die Versorgungsaufgaben während der Pandemie größtenteils fortgeführt habe. Die Situation sei daher wirtschaftlich unsicherer, da noch unklar sei, wie sich das auf die Bundesmittel auswirke. Die Frage sei, ob die Bundesmittel ausreichten, die besonderen finanziellen Belastungen, die Vivantes gehabt habe, auszugleichen und welche Notwendigkeiten sich dadurch für das Land ergäben. Das Darlehen interpretiere er daher als Mittel, Sicherheit zu geben, bis eine genaue Abrechnung vorliege, aber eine Prognose zur weiteren Entwicklung sei nötig. Wenn möglich, könne eine mündliche Erläuterung zu den Tendenzen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ausreichen, ansonsten sei ein Bericht wünschenswert.

Christian Goiny (CDU) erinnert, dass das Land Berlin bereits vor einigen Jahren Vivantes finanziell gestützt habe, eine wirtschaftliche Stabilisierung sei aber anscheinend nicht eingetreten. Die Charité habe ebenfalls coronabedingte Einnahmeverluste zu verzeichnen, manche Stationen hätten 30 bis 40 Prozent weniger Bettenkapazität gehabt, da das Personal auf die Coronastationen verlegt worden sei, ebenfalls fehlten weitere Einnahmemöglichkeiten, etwa durch Privatpatienten. Insofern müsse aufgeschlüsselt werden, in welchen Bereichen genau bei Vivantes coronabedingte Einnahmeausfälle eingetreten seien.

Vivantes habe für das Corona-Behandlungszentrum auf dem Messegelände Gelder bekommen, Mitarbeiter seien geschult worden – welchen Einfluss habe dies auf die Bilanz? Es gebe auch Aussagen, dass Vivantes in bestimmten Fachbereichen mit der Charité gleichziehen wolle, mit entsprechend höheren Zahlungen für das ärztliche Personal. Politische Debatten hätten das Unternehmen auf diesem Weg bekräftigt. Daher sei es die Frage, welche strategischen Ziele das Unternehmen verfolge und wie eine langfristig stabile wirtschaftliche Situation erreicht werden könnte. Was seien die Schwerpunkte des Unternehmens, auch im Verhältnis zur Charité? Da die Charité bisher keine ähnlichen Bedarfe angemeldet habe, brauche es eine Erläuterung, wie sich die Bedarfslage bei Vivantes im Detail darstelle und wie das Darlehen zurückgezahlt werden könne. Das letzte Darlehen sei wohl in einen Zuschuss umgewandelt worden. Das jetzige Darlehen müsse wohl genehmigt werden, aber die Situation biete auch für die nächste Legislaturperiode Besprechungsbedarfe.

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt sich den Fragen des Abgeordneten Goiny an. – Warum werde ein Darlehen statt eines direkten Zuschusses gewährt? Die Details seien interessant, da sich der Verdacht aufdränge, dass ein Darlehen großzügiger ausgestattet werden könne. Das Darlehen laufe bis zum 30. September 2023, aber es sei unwahrscheinlich, dass die 180 Mio. Euro bis dahin zurückgezahlt werden könnten. Werde das Darlehen dann weitergeführt oder in einen Zuschuss umgewandelt?

Christian Goiny (CDU) ergänzt die Frage, ob und wenn ja, in welchem Umfang der aktuelle Tarifkonflikt bei Vivantes berücksichtigt sei.

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin) antwortet bezüglich der Höhe des Darlehens, dass bereits die monatlichen Ausgaben von Vivantes 120 Mio. Euro betragen. Das niedrigverzinsliche Darlehen beseitige einen Liquiditätsengpass, der im November 2021 aufgetreten wäre, da die gezahlten Bundesmittel für freigehaltene Betten nicht ausreichten, die fehlenden Einnahmen auszugleichen. Die Darlehensform sei gewählt worden, da bei niedrigverzinslichen Darlehen die Vorgaben des Beihilferechts niedriger seien. Eine Rückzahlung sei bis zum 21. Dezember 2023 vorgesehen, aber nach Einschätzung von SenFin sei eine komplette Rückzahlung bis dahin unrealistisch. Deswegen sei im Doppelhaushalt 2022/23 eine Kapitalzuführung von 180 Mio. Euro vorgesehen, damit werde das Darlehen in Eigenkapital umgewandelt. – Offizielle Informationen zur Lage anderer Krankenhäuser gebe es nicht, aber es gebe Berichte über Krankenhäuser des Deutschen Roten Kreuzes, die ebenfalls Schwierigkeiten hätten.

Im Weiteren nichtöffentliche Beratung; siehe nichtöffentliche Anlage zum Inhaltprotokoll.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3722 wie beantragt zu und nimmt das Schreiben zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Bericht SenFin – I D – vom 22.07.2021
FM-Kreislauf 2022/2023
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung der 16. WP vom
25.11.2009)

3687

Haupt

Sibylle Meister (FDP) bittet, die Berechnung der SILB-Rückflüsse sollten erläutert werden. In der mittleren Spalte der Anlage seien auch Abschreibungen aufgeführt, obwohl dies eine Cashflow-Betrachtung sei. Der Vermögenbestand werde nicht betrachtet, sondern das, was übrig bleibe. Trotzdem seien 80 Millionen Euro Abschreibungen angesetzt. Die Frage sei, wo das Geld verbleibe, wenn es darum gehe, den Rückfluss für das SILB festzulegen.

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin) vermutet, dass das Sondervermögen SILB nach HGB bilanziert und abgerechnet werde. Das HGB sehe immer Abschreibungen vor, daher seien diese auch als Ausgaben aufgeführt.

Sibylle Meister (FDP) wiederholt für Herrn Lemiss die Bitte, die Berechnung der SILB-Rückflüsse sollten erläutert werden.

Sven Lemiss (BIM) antwortet, die Abschreibung sei notwendig, da es sich sonst um eine Kapitalentnahme handle, die einen Entnahmebeschluss des Gesellschafters benötige. Die BIM werte die Immobilie um den Abschreibungsbetrag ab. Daraus werde entnommen, was aktiverbar sei. Zum Beispiel würden bei 80 Mio. Euro 70 Mio. Abschreibung aktiviert. Die übrigen 10 Mio. verblieben und würden bei folgenden Projekten investiert. Das Gesamtvermögen sei gleich: entweder in Form von Liquidität aus Abschreibungen oder als gebundenes Anlagevermögen im Wert der Immobilie.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3687 zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht SenFin vom 21.07.2021
**Gesamtstädtische Steuerung von
Unterbringungsbedarfen der Verwaltung
hier: FM-Reporting 2 / 2021**
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 46. Sitzung
vom 27.03.2019 und Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung
vom 23.09.2020)

1167 Q

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1167 Q ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D – vom 04.08.2021
Herrichtung und Anmietung von Büroflächen zur Unterbringung des Bezirksamts Pankow
1. Zustimmung zum Abschluss eines SILB-Mietvertrages
2. Zustimmung zur Bildung einer Rücklage im SILB
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

[3707](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3707 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 1 Ka – vom 03.08.2021
Optionsausübung für angemietete Flächen in der Allee der Kosmonauten
1. Zustimmung zur Ausübung der Optionsverlängerung
2. Kenntnisnahme von der Absicht der Senatsverwaltung für Finanzen, die Finanzierung wie dargelegt, sicherzustellen
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

[3709](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3709 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I D – vom 18.08.2021
Gewinnabführung im Sondervermögen Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) – Verwendung von Rücklagen zur Schaffung von Baufreiheit für die Realisierung von Wohnungsneubau auf dem Baufeld Süd des Dragoner Areals durch die WBM
Zustimmung zur Bildung von Rücklagen gemäß § 4 Satz 4 SODA ErrichtungsG

[3723](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3723 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Aufruf von TOP 11 erfolgte vor TOP 1 – siehe weiter vorn im Protokoll.

Punkt 12 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – II B 23 – vom 31.05.2021
Verfahrensvorschlag bei Vorlagen während des Wahlperiodenwechsels, die einer Zustimmung des Hauptausschusses bedürfen
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 28.04.2021)

[3569 A](#)
Haupt

Vertagt.

Punkt 13 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 18/3070

[3194](#)
Haupt

Finanzplanung von Berlin 2020 bis 2024
hier nur: Anlage Investitionsprogramm des Landes Berlin für die Jahre 2020 bis 2024 (s. nach S. 73)

- a) Stellungnahme des Ausschusses für Sport vom 12.03.2021 [3194 A](#)
Haupt
- b) Stellungnahme des Ausschusses Kult vom 12.04.2021 [3194 B](#)
Haupt
- c) Stellungnahme des Ausschusses EuroBundMed vom 19.05.2021 [3194 C](#)
Haupt
- d) Stellungnahme des Ausschusses BildJugFam vom 27.05.2021 [3194 D](#)
Haupt
- e) Schreiben des Vorsitzendes des Ausschusses KTDat vom 20.07.2021 [3194 E](#)
Haupt

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/3070 mit den roten Nummern 18/3194 A, 18/3194 B, 18/3194 C, 18/3194 C, 18/3194 D, 18/3194 E sei ohne Aussprache zur Kenntnis genommen worden. Der Ausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation, der Ausschuss Inneres, Sicherheit und Ordnung, Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen, der Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz, der Ausschuss für Verfassungsschutz, der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hätten eine Stellungnahme vorgelegt, in der sie die Vorlage – zur Kenntnisnahme – zur Kenntnis nähmen und von einer inhaltlichen Stellungnahme absähen.

Punkt 14 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [3659](#)
Drucksache 18/3821 Haupt
**Gesetz zur Einführung einer Karenzzeit für
Senatsmitglieder und zur Änderung
dienstrechtlicher Vorschriften**

Vertagt.

Punkt 15 der Tagesordnung

Schreiben SenFin – IV SPM – vom 12.08.2021 [3716](#)
Beauftragung einer Beratungsdienstleistung –
Vorbereitung und Betreuung des IT-
Vergabeverfahrens „SPM“
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3716 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [3719](#)
Drucksache 18/4026 Haupt Recht
Gesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes
(vorab überwiesen auf Antrag der Koalitionsfraktionen
gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Recht vom 18.08.2021 vor, den Antrag anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP).

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der
Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[3719 A](#)
Haupt
Recht

Drucksache 18/4026-1

Gesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes

(vorab überwiesen auf Antrag der Fraktion der FDP
gem. § 32 Abs. 4 GO Abghs)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache, der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag auf Drucksache 18/3719 ab. Sodann empfiehlt er dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 18/3719 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 15 B der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

[2575](#)

Drucksache 18/2197

Haupt

**Dauerhafte Hundesteuerbefreiung für schwer
vermittelbare Hunde aus Tierheimen, Tiersylen
oder ähnlichen Einrichtungen des Tierschutzes**

Recht

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Recht vom 18.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU bei Enthaltung AfD und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/2197 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung abgelehnt werden.

[Sitzungsunterbrechung von 14.44 bis 15.11 Uhr]

Bezirke

Punkt 16 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – StadtSozGes L – vom 16.07.2021
Fortführung der Rahmenkoordination (Rako) der sozialen und grünen Infrastruktur für die bauenden Bereiche durch einen externen Dienstleister hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt)

[3677](#)

Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, warum selbst diese originären Aufgaben einer Verwaltung durch einen externen Dienstleister erbracht werden müssten. Warum könne dies nicht selbst übernommen werden?

Bezirksstadtrat Ephraim Gothe (BA Mitte; Abt. Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit) führt aus, das eingeführte System der Rahmenkoordination sei äußerst erfolgreich. 2016/2017 sei festgestellt worden, dass der Bezirk in erhebliche Fehlbedarfe bei den Schul- und Kitaplätzen hineinlaufe und dies Konkurrenz zu vielen anderen Infrastrukturbedarfen stehe. Es sei die Idee entwickelt worden, den ganzen Bezirk als eine Entwicklungsmaßnahme zu betrachten. Es komme darauf an, die vielen mit der Entwicklung von Grundstücken befass-ten Ämter zu koordinieren und für die vielen sich daraus ergebenden Varianten mittels einer Rahmenkoordination Vorabklärungen vorzunehmen, indem beispielsweise für bestimmte Grundstücke Fallstudien, Varianten entwickelt würden. Dafür sei Ingenieurpotenzial vonnö-ten. Dies sei mit der Rahmenkoordination sehr gut gelungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3677 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 17 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Friedrichshain-Kreuzberg – Dez BauPlanFM – vom 10.08.2021
Betrieb eines Stadtteilzentrums für die Abteilung Soziales des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg
1. Zustimmung zum Abschluss eines Mietvertrages
2. Kenntnisnahme von der Absicht des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 3930, Titel 51715 und für Titel 51820 für den Zeitraum 2021 bis 2043 zuzulassen
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

[3706](#)

Haupt

Vertrauliche Beratung

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Schreiben 3706 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 18 der Tagesordnung

- a) Schreiben BA Pankow – BzStR SchulSport FMG – vom 12.08.2021 [3711](#)
Haupt

Grundschule am Wasserturm
hier: Sanierung des Schulgebäudes, Errichtung
Verbinderbau, Ergänzungsneubau, Neubau
Sporthalle, Außenanlagen, Bereitstellung Container
für Baufreiheit; 13089, Tino-Schwierzina-Str. 66

Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 –
Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

Ergänzung Schreiben BA Pankow rote Nummer 3711: [3711-1](#)
Angaben zu den Betriebs- und Instandsetzungskosten nach DIN 18960/2008-02
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3711 und 3711-1 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 19 der Tagesordnung

Bericht BA Pankow – FM Hoch 320 – vom 16.08.2021 [3717](#)
Errichtung von Interimsstandorten als Drehscheiben
– 13189, Eschengraben/ Talstraße
hier: Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen außerplanmäßige
Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 3701,
Titel 70633 zuzulassen
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Bericht 3717 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 20 der Tagesordnung

Schreiben BA Steglitz-Zehlendorf – BzBm'in – vom
21.07.2021

3699

Haupt

**Umlanplanung noch nicht begonnener
Straßenbaumaßnahmen (bzw. –abschnitte) gemäß
den Anforderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes
(MobG BE) vom 05.07.2018**

- Umbau des Straßenzuges Hildburghauser Straße von Kruseweg bis Blanckertzweg
 - Neubau der Thorwaldsenstraße zwischen Knausstraße und Bergstraße
 - Umbau der Königsberger Straße von Goerzallee bis Morgensternstraße
 - Neubau des Munsterdamms zwischen Steglitzer Damm und ca. Kottesteig
- Zustimmung zur Änderung des Bedarfsprogramms
gem. § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und Erhöhung der
Gesamtkosten**
- gemäß § 24 Abs. 5 LHO und Auflagen Nr. 8 und Nr. 9
zum Haushalt 2020/2021

Carsten Ubbelohde (AfD) führt unter Verweis auf die Haushaltsslage und die Notwendigkeit, sich auf die Kernausgaben zurückzuziehen, aus, dass diese Maßnahmen in Anlehnung an das von der Koalition sogenannte Mobilitätsgesetz verwunderten. Die Ausgaben seien selbst bei Zugrundelegung der Preise von 2005 enorm gestiegen. Es gebe Ausgabensteigerungen von über 120 Prozent beim Munsterdamm. Sei dies noch zeitgemäß? Seien Alternativen wie einseitige Fahrradspuren geprüft worden? Wie verhalte es sich mit dem Wegfall von Parkplätzen an den genannten Straßen?

Bezirksstadträtin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf; Abt. Immobilien, Umwelt und Tiefbau) erwidert, bezogen auf alle Maßnahmen gebe es unterschiedliche Wertungen. Alle vier Baumaßnahmen seien dringend erforderlich, um den Zustand der Straße und die Aufteilung des Verkehrsraums zu bewältigen, entsprechend dem Zeitablauf und der Anforderung des Mobilitätsgesetzes. Der Bezirk fühle sich bei der Umsetzung von Baumaßnahmen an gesetzliche Vorgaben gebunden und nehme Anpassungen an neue oder geänderte Anforderungen vor. Wie viele Parkplätze letztlich entfielen, werde sich bei der Planung der jeweiligen Maßnahmen ergeben. Da sich um grundständige Baumaßnahmen insgesamt bei allen vier Maßnahmen handle, könne es nicht damit getan sein, Radspuren auf die Straße zu verlegen oder möglicherweise Baumaßnahmen durchzuführen, bei denen alle Parkplätze weggenommen würden und eine Radspur angelegt würde. Es sei in der Allgemeinheit nicht anders zu beantworten. Ansonsten müssten die Einzelmaßnahmen, deren Planungen jetzt erst anliefen, wenn die Mittel zur Verfügung gestellt würden, betrachtet werden.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3699 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 21 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Treptow-Köpenick –
BzBm – vom 26.05.2021
**Errichtung von Interimsstandorten auf
Schulgrundstücken**
**1. Zustimmung zum Abschluss eines Vertrages zur
Anmietung eines Interimsstandortes und Vorhaltung
der Zusatzflächen einschl. Medienanschlüssen für
die Container**
**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, außerplanmäßigen
Ausgaben in 2021 und außerplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigungen in 2022 bis 2026
zuzustimmen**
gemäß Auflage A. 1 und A. 2 – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt)

3650
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vertagt.

Punkt 22 der Tagesordnung

Schreiben BA Reinickendorf – BzStR – vom
30.07.2021
**Schulmensen-Sofortprogramm für den Bezirk
Reinickendorf**
**hier: Mensa in Containerbauweise inkl.
Ausgabeküche für die 12G06 Hausotter-
Grundschule**
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8, A. 9 und A. 17
– Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

3710
Haupt

Thorsten Weiß (AfD) führt aus, dem Bericht seien zu 100 Prozent gestiegene Mehrkosten zu entnehmen. Nachvollziehbar seien gestiegene Bau- und Materialkosten. Er bitte um Erläuterung zu dem Mehrbedarf anhand von Mensaprogrammen eines möglichen Ausweichstandortes der Schule und dass es einen Mehrbedarf coronabedingter Art gebe. Welche dieser Programme seien im Vorfeld der Schulplanung nicht bekannt gewesen und seien dementsprechend bei der ursprünglichen Planung nicht berücksichtigt worden? Inwiefern solle sich der coronabedingte Mehrbedarf niederschlagen? Er gehe davon aus, dass diese Pandemie irgendwann überwunden sein werde. Stünden Kapazitäten zur Verfügung, die entsprechend unter Normalbetrieb nicht mehr gewährleistet werden müssten? Wie werde geplant?

Bezugsstadtrat Tobias Dollase (BA Reinickendorf; Abt. Jugend, Familie, Schule und Sport) erklärt, zum einen hätten sich die Bautätigkeiten generell verteuert. In der Coronazeit sei es

auch schwieriger, Baufirmen zu akquirieren bzw. die entsprechenden Baumaßnahmen umzusetzen. Deshalb gebe es im generellen Bauverfahren Verteuerungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3710 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 23 der Tagesordnung

Schreiben RBm – Skzl – StS VI Projekt SC RR – vom [3695](#)
14.07.2021 Haupt

**Zustimmung zur beabsichtigten Entnahme von
Mitteln aus dem Innovationsförderfonds
hier: Kofinanzierung der Umsetzung des Projekts
„Berlin lebenswert smart“ im Rahmen des
Förderprogrammes Modellprojekte Smart Cities des
Bundesministeriums des Innern, für Bau und
Heimat (Verstärkung des avisierten Titels 68590 im
Kapitel 0300)
Zustimmung zur Aufhebung einer Sperre**
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3695 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 23 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP [2690](#)
Drucksache 18/2434 Haupt
**Smart City konkret und bürgerlich: Mit LoRaWAN
das vernetzte Berlin starten** KTDat

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KTDat vom 16.08.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 18/2434 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kommunikationstechnologie und Datenschutz abzulehnen.

Punkt 24 der Tagesordnung

Zwischenbericht RBm – Skzl – IBM 1 – vom
27.05.2021

[3221 C](#)
Haupt

Gutachten zu den Arbeitsbedingungen von Film- und Fernsehschaffenden

(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020)
(in der 92. Sitzung am 09.06.2021 von der Konsensliste
genommen und in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur
Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Zwischenbericht 3221 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 25 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – IBM 1 – vom 26.05.2021

[3034 B](#)
Haupt

Deutschen Film- und Fernsehakademie (DFFB) – Umzug Tempelhof

Vorgenommene Anmeldungen und Darstellung von alternativen Standorten

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)
(in der 92. Sitzung am 09.06.2021 von der Konsensliste
genommen und in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur
Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt)

Sibylle Meister (FDP) trägt vor, es bestehe offensichtlich Einigkeit bezüglich des Umzugs der Filmhochschule. Das sei keine schlechte Lösung. Bedauerlich sei, dass es zeitlich offensichtlich so spät sei, dass zweimal umgezogen werden müsse. Dieser zusätzliche Aufwand hätte vermieden werden können. Fraglich sei, wer die Bauherrenschaft übernehme. Gebe es neue Erkenntnisse? Gebe es die Chance einer Verlängerungsoption am Potsdamer Platz, um einem zweiten Umzug entgehen zu können?

Christian Goiny (CDU) konstatiert Konsens in weiten Teilen. Wie sei der aktuelle Stand? Wie sehe es mit einer Vertragsverlängerung aus? Wer übernehme die Bauherrenschaft? Er dankt Staatssekretär Gaebler für dessen Unterstützung für das Projekt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) hält fest, dass es sich hierbei um ein Zwischenbericht handle. Es sei ein Neubeginnerprojekt, für das noch keine finale Entscheidung getroffen worden sei, auch wenn es für die Investitionsplanung 2021 bis 2025 angemeldet worden sei.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) betont, es sei wichtig genau zu prüfen, wie sich das Projekt in die Gesamtplanung Tempelhof einfüge und welche Kosten tatsächlich entstünden. In der Bedarfsplanung müssten genauere Werte ermittelt werden, um genau dort ansetzen und Schnittstellen ermitteln zu können, wo auch andere Dinge im Rahmen der Sanierung des Flughafengebäudes benötigt würden und welche Bereiche davon unabhängig zu betrachten seien. Aktuell werde eine hohe Miete im Sony Center für die DFFB bezahlt, rund 100 000 Euro pro Monat. Zwei Umzüge wären misslich. Die BIM habe den Auftrag bekommen, sich sowohl vor Ort, als auch nach anderen Alternativen umzuschauen, vorsichtshalber für einen

etwas längeren Übergangszeitraum, falls es Verzögerung gebe. Im Moment sei unklar, was der neue Eigentümer im Sony Center plane. Sollte es dort eine komplette Sanierung geben, werde ohnehin ein Ausweichquartier benötigt. Zur Bauherrenschaft gebe es auch noch keine abschließende Verständigung. Es gehe in die Richtung, dass die Tempelhof Projekt GmbH letztlich alles steuern müsse, auch als Eigentümer der Immobilie, um das Ganze aus einer Hand zu betreiben und zu bewirtschaften.

Sibylle Meister (FDP) fragt nach, ob zunächst die Machbarkeitsstudie geprüft und dann geprüft werde, ob das Vorhaben tatsächlich umgesetzt werde. Gebe es noch keine Entscheidung seitens der jetzigen Koalition?

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, es gebe den verbrieften politischen Willen, der Hochschule eine Zukunft zu geben. Diese sei durch das Ende des Mietverhältnisses prekär und infrage gestellt; eine Lösung werde gefunden werden müssen. Darüber müsse letztlich der Haushaltsgesetzgeber in den dafür gegebenen Verfahren entscheiden. Auch müsse eine Einordnung in die Haushaltssätze und in die Investitionsplanung erfolgen. Die vorliegende Investitionsplanung werde in den nächsten Jahren mindestens zu einem Viertel unter den Vorbehalt einer pauschalen Minderausgabe gestellt. Dort sei das noch nicht gar nicht aufgeführt.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) konstatiert eine gewisse Ungeduld bei dem Projekt. Wegen der Zusammenhänge mit dem Gesamtprojekt in Tempelhof sei es aber die Feststellung der Dimensionen insgesamt wichtig. Deshalb solle genauer eingeordnet werden können, was erforderlich sei, um diesen Gebäudeteil bespielen zu können. Es sollte nicht nur ein Gebäude herausgenommen werden. Eine solide Unterstützung werde gewünscht.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 3034 B zur Kenntnis.

Punkt 26 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<u>3645</u>
Drucksache 18/3818	Haupt
Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft	WissForsch

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 26 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU	<u>3453</u>
Drucksache 18/3445	Haupt(f)
Planungssicherheit für Berliner Hochschulen: Hochschulverträge 2018-2022 verlängern	WissForsch

Es liegt eine Stellungnahme, [3453 A](#), des Ausschusses WissForsch vom 16.08.2021 vor, den Antrag auch in gekürzter Fassung abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 18/3445 – auch in folgender geänderter Fassung abzulehnen:

Der Senat wird aufgefordert, die zwischen dem Land Berlin und den staatlichen Hochschulen für die Jahre 2018 - 2022 geschlossenen Hochschulverträge um ein Jahr bis Ende 2023 fortzuschreiben und dem Abgeordnetenhaus hierfür zeitnah ein Konzept vorzulegen.

Punkt 27 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---------------------------------|
| a) | Bericht RBm-SKz1 – V D 11 – vom 25.05.2021
Botanischer Garten / Botanisches Museum
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021) | 0403 G
Haupt |
| b) | Bericht RBm-SKz1 – V F 1 – vom 20.05.2021
Botanischer Garten – Projekte und Maßnahmen zum Thema Digitalisierung
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)
(a) und b) in der 92. Sitzung am 09.06.2021 von der Konsensliste genommen und in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt) | 3084 C
Haupt |

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 0403 G sowie 3084 C zur Kenntnis.

Punkt 28 der Tagesordnung

- | | |
|---|---------------------------------|
| Bericht RBm-SKz1 – V E Ka – vom 14.07.2021
Charité-Universitätsmedizin Berlin (Charité)
hie: Corona-Pandemie
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021)
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt) | 3435 B
Haupt |
|---|---------------------------------|

Carsten Ubbelohde (AfD) bezieht sich auf die Beantwortung zur Frage 4. Unabhängig davon, dass seine Fraktion die Erhöhung der Parkgebühren ablehne, sei nicht näher beziffert, wie sich das auf die Mitarbeiter im nicht so gut bezahlten Pflegebereich auswirke. Zum Dienstfahrrad für Beschäftigte interessiere der Hersteller. Wie sehe der Bedarf aus? Welche Kosten entstünden? Wie sieht die Planung im Einzelnen aus?

Sibylle Meister (FDP) verweist auf den Bericht, wonach davon ausgegangen werde, dass keine Rückkehr zum normalen Versorgungsniveau im Sommer 2021 möglich sein werde. Hierfür fände aktuell kein liquiditätssichernder Ausgleich statt. Könne die Charité dies aus eigener Kraft stemmen? Werde es noch Ausgleiche oder sonstige Anforderungen gegeben?

Christian Goiny (CDU) führt aus, beim Krankentransport stünden 127 Mitarbeiter für alle drei Standorte im Mehrschichtbetrieb zur Verfügung. Mit Urlaub und Krankheit seien pro Krankenhaus pro Schicht vier bis sechs Mitarbeiter vorhanden. Dies genau sei das Problem; es funktioniere nicht. Teilweise warteten Patienten stundenlang auf Stationen oder in Abteilungen, um transportiert werden zu können. Die Steuerung vor Ort funktioniere auch nicht. Wie viele Mitarbeiter seien tatsächlich pro Schicht an welchem Standort im Einsatz? Bezuglich der Parkgebühren verweise er auf den Flughafen, wo mithilfe von Kameras in der Kurzparkzone innerhalb von 10 Minuten wieder hinausgefahren werden könne, ohne zum Kassenautomaten zu müssen. Hier müsse immer erst zum Kassenautomat gegangen werden, was insbesondere bei älteren Patienten, die nur hingekommen oder abgeholt werden müssten, dazu führe, dass nicht gehalten werden könne, weil es keine Parkplätze gebe. Er bitte um einen Bericht, warum dies so eingerichtet worden sei und wie eine besucher- und patientenfreundlichere Gestaltung ermöglicht werden könne. Wie sei der aktuelle Stand des Ersatzes von Einnahmeausfällen der Charité durch den Bund während der Coronapandemie abgesagten Operationen? Es sei nach dem finanziellen Ausfall gefragt worden und nicht nach der Rechtsgrundlage. Er bitte um entsprechende Beantwortung.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) legt dar, zu einem modernen Arbeitgeber gehöre, dass auch die Erstellung von Mobilitätskonzepten für die Mitarbeitenden, die nicht vorrangig auf das Auto setzten, sondern auch auf entsprechende umweltfreundliche Verkehrsmittel. Insofern seien die Bemühungen der Charité, an der Stelle aktiv zu werden, unterstützend und passten in die Gesamtlinie des Senats, eine umweltfreundliche Mobilität zu fördern. Dies beginne mit der Einführung von Jobtickets, die zu vergünstigten Preisen auch für Mitarbeitende der Charité zur Verfügung gestellt würden; alternative Verkehrskonzepte würden publik gemacht. Für diejenigen, die ihr Auto nutzten, gebe es die Vorgabe, dass auf landeseigenen Grundstücken eine angemessene Gebühr genommen werden müsse. Insofern setze die Charité das um, was aus den rechtlichen Gegebenheiten auch vom Haushaltsgesetzgeber vorgegeben worden sei. Wenn es den Wunsch gebe, generell Parkgebühren zu erlassen, müsste dafür die Landeshaushaltordnung geändert werden. Ausführungen zu den Ticketautomaten werde er nachreichen. Bezuglich der Ausgleichszahlungen werde nicht nur auf das Gesetz verwiesen, sondern ausführlich geschildert, wie das Verfahren dazu sei, welches relativ kompliziert sei, weswegen er keine abschließenden Werte habe. Derzeit werde auf Bundesebene diskutiert, wie lange der Bund was bezahle. Zu Beginn der Coronapandemie habe es das Problem gegeben, dass sehr pauschal abgerechnet worden sei. Dies habe dazu geführt, dass Krankenhäuser, die nicht im Mittelpunkt der Pandemie gestanden hätten, auch sehr großzügig hätten abrechnen können. Daraufhin habe der Bund umgesteuert, was neuerliche Probleme hervorgerufen hätte. Die Beantwortung werde er in den Folgebericht aufnehmen.

Carsten Ubbelohde (AfD) bittet darum, die noch offene Frage zu den Dienstfahrrädern in den Bericht zu integrieren

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 3435 B zur Kenntnis. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Inneres und Sport – 05

Punkt 29 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3816
**Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 im
Land Berlin (Zensusausführungsgesetz Berlin 2022 –
ZensusAGBln 2022)**

[3656](#)
Haupt(f)
InnSichO

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses InnSichO vom 16.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP bei Enthaltung AfD).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3816 – anzunehmen. Es wird Dringlichkeit empfohlen.

Punkt 30 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS vom 12.08.2021
**Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für
die Ausgaben zur Modernisierung der
Kommunikationsinfrastruktur bei der Polizei Berlin**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3714](#)
Haupt

Sibylle Meister (FDP) spricht über extreme Kostensteigerungen, weil die Vorgänge zu lange dauerten. Nun müssten wegen der Verzögerung des Projekts 15 Mio. Euro mehr aufgewendet werden. Es müsse eine Struktur geben, einen Anreiz zu bieten, schnell zu planen, um nicht die ganzen Baupreis- und Planungsänderungssteigerungen mitzunehmen.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) wendet ein, es gehe hier um eine Kostensteigerung in Höhe von 590 000 Euro. Der Gesamtbetrag belaufe sich auf 15 Mio. Euro. Hier sei es eine Kostensteigerung um vier Prozent die im Wesentlichen durch Preisanpassungen im Rahmen des technologischen Marktes begründet seien. Es handele sich nicht um Baukostensteigerungen, sondern um das Preisgefüge.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 3714 zur Kenntnis.

Punkt 31 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3504
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des E-Government

[3494](#)

Haupt

KTDat

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KTDat vom 14.06.2021 vor, den Antrag anzunehmen (einstimmig mit SPD, LINKE, GRÜNE, AfD und FDP bei Enthaltung CDU).

- b) Schlussbericht SenInnDS vom 16.06.2021
Auswertung von zu erhebenden Daten und Erstellung eines Berichts für das Land Berlin im Rahmen der „Evaluation des EGovG Bln“
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)
(a) und b) in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt)

[2765 E](#)

Haupt

Vertagt.

Punkt 32 der Tagesordnung

- Bericht SenInnDS – V B 1 Mey / V B 1 Kn – vom 28.07.2021
Bericht zum Umsetzungsstand der Corona-Hilfsmaßnahmen
hier: Maßnahme 13 „Resilienz der Infrastruktur im IT-Bereich“
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt)

[3385 N](#)

Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach, ob es zutreffend sei, dass die Erweiterung auf 10 000 VPN Zugänge zum 30. Juni 2021 ausgelaufen sei. Sei die Verwaltung gezwungen, Home-office einzustellen? Wie sei der aktuelle Stand? Könne auch ohne VPN Zugänge gearbeitet werden? Zur Ablösung der Kleinstanwendungen solle eine Low-Code-Plattform angeboten werden. Solle dies ein Basisdienst werden? Was sei geplant? Wie sei dies über die Vorlage hinaus für die nächsten zwei Jahre abgesichert?

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erklärt, die VPN Tunnel seien aufgrund der Coronasituation ohne eine fundierte Bedarfserhebung geordert worden. Es gebe nunmehr Erkenntnisse über die Nutzung dieser VPN Tunnel. Nicht jeder, der mobil von zu Hause arbeitet, nutze über den ganzen Tag einen VPN Tunnel. Bei der Nutzung der VPN Tunnel werde teilweise sehr schnell von einem Nutzer zum anderen umgeschaltet, weil eigentlich nur beim direkten Zugriff auf die Daten oder auf E-Mails der VPN Tunnel benötigt werde. Gemessen an der realen Bedarfssituation mit sehr viel mehr mobilen Arbeitsplätzen sei eine Anpassung

erfolgt. Ein Engpass sei nicht zu befürchten. Bezuglich der Low-Code-Plattform sei eine genauere Festlegung für den nächsten Doppelhaushalt vorgesehen.

Stefan Ziller (GRÜNE) wirft ein, dass der Entwurf vorliege. Die Abschaltung der alten Makros sei bis Juni dieses Jahres geplant gewesen. Es müsse genauere Planungen geben.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erklärt, keine konkreteren Angaben machen zu können. Es betreffe viele Projekte. Sie könne weitere Informationen nachreichen

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 3385 N zur Kenntnis. SenInnDS wird gebeten, dem Hauptausschuss zum 30.09.2021 zu erläutern, wie die Low-Code-Plattform im kommenden Haushalt veranschlagt werden soll.

Punkt 33 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---------------------------------|
| a) | Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 18.05.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Folgebericht Bäderkonzept überarbeiten
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020) | 2733 C
Haupt |
| b) | Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 28.05.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
hier: Folgebericht Ergebnisprognose 2021
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 12.05.2021) | 3343 A
Haupt |
| c) | Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 26.05.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
hier: Sachstandsbericht Schwimmhalle Holzmarktstraße
(Berichtsaufträge aus der 90. Sitzung vom 12.05.2021)
(a) bis c) in der 92. Sitzung am 09.06.2021 von der Konsensliste genommen und in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt) | 3131 A
Haupt |
| d) | Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 23.07.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) – Vorhabenplanung
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 12.05.2021)
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 zur Sitzung am 25.08.2021 zurückgestellt) | 3281 A
Haupt |

- e) Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 06.08.2021 [1435 I](#)
Berliner Bäder-Betriebe
hier: Vertragliche Konditionen hinsichtlich der
Beauftragung eines erweiterten
Generalübernehmers
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 05.09.2018)

Haupt

Überweisung an den UA Bmc zur Erledigung.

Punkt 34 der Tagesordnung

- Vertrauliches Schreiben SenFin – I C 34 – vom [3715](#)
06.08.2021
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Antrag zur Aufhebung der Sperre für Mittel aus
Kapitel 2990, Titel 68256 zur Verstärkung des
Kapitels 0510, Titel 68506
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Philipp Bertram (LINKE) verweist auf die Ergebnisprognose für 2021. Die Zahlen stimmten mit der jetzigen Vorlage nicht überein. Was habe sich in der Betrachtung verändert? Passten die Zahlen bis Ende des Jahres?

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erklärt, die heute verteilte Drucksache zu TOP 33 b habe den Stand Mai 2021. Hier zu TOP 34 werde die aktualisierte Prognose vorgelegt. Aufgrund der Kurzarbeit gebe es eine erhöhte Erstattung von Personalkosten. Medienkosten seien durch geschlossene Hallen eingespart worden. Beim Stellenbesetzungsverfahren habe es Verzögerungen gegeben, sodass hier Personalkosteneinsparungen hätten realisiert werden können. Zudem gebe es noch Einzelpositionen. Je weiter das Jahr fortschreite, umso genauer würden die Prognosen. Es hänge aber von verschiedenen Rahmenbedingungen ab. Die Prognose bildet den jetzigen Sachstand ab.

Philipp Bertram (LINKE) erwidert, es sei klar, dass sich Ergebnis und Prognosen im Jahresverlauf verbesserten, gleichzeitig seien die Anforderungen an die Bäder-Betriebe gewachsen, im Sinne von mehr Öffnungszeiten, mehr Leistung zu erbringen und damit eine Ausgabensteigerung, gleichzeitig aber keine Möglichkeiten, Einnahmen zu vergrößern.

Carsten Ubbelohde (AfD) konstatiert, dass in der heutigen Sitzung Folgeberichte, Ergebnisprognosen, Vorhabenplanungen nicht beraten würden, gleichzeitig aber über die Aufhebung einer Sperre abgestimmt werden solle. Dies bedeute nicht, gegen die Aufhebung zu sein, er halte aber die Reihenfolge für unglücklich. Zunächst solle dem Unterausschuss die Möglichkeit gegeben werden, den Vorgang prüfen können.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erklärt, in der Maiprognose seien bereits die veränderten Bedingungen im Groben kalkuliert. Am morgigen Tag würden im Unterausschuss Beteiligungsmanagement darüber genauer diskutiert, wie sich die Annahmen im Laufe des Jahres verändert hätten und wie sich die Vorgaben, bezogen auf die Leistung der Bäder-Betriebe, wirtschaftlich ausgewirkt hätten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben 3715 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – 06

Punkt 34 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	3349
Drucksache 18/3273	Haupt
Gesetz zur Änderung von Vorschriften für die juristische Ausbildung	Recht

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3349 A](#), des Ausschusses Recht vom 18.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3273 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung anzunehmen. Es wird Dringlichkeit empfohlen.

Punkt 34 B der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	3657
Drucksache 18/3819	Haupt
Gesetz zur Transparenzmachung von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung	Recht

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3657 A](#), des Ausschusses Recht vom 18.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen anzunehmen (einstimmig mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD bei Enthaltung CDU und FDP).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3819 – gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung anzunehmen. Es wird Dringlichkeit empfohlen.

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 35 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [3075](#)
Drucksache 18/2810 Haupt
Charta für das Berliner Stadtgrün und das
Handlungsprogramm Berliner Stadtgrün 2030 UmVerk(f)
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt) StadtWohn*

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3075 A](#), des Ausschusses UmVerk vom 27.05.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

Vertagt.

Punkt 36 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – III B 1-5 – vom 13.08.2021 [3718](#)
Kompensationsmaßnahmen im Rahmen des
bauleitplanerischen Ökokontos im Leitprojekt
Malchower Auenlandschaft, Teilraum Südliche
Feldflur, Teilbereich Bezirk Pankow, Phase 1
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8, A. 9 und A. 17
– Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021 Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) führt aus, die Malchower Auenlandschaft werde als Ökokonto geführt, bei dem das Land Berlin in Vorleistung gehe. Sei dies kostendeckend? Was sei mit der Pflege? Gebe es eine Lücke, sodass der Haushalt fernab der Zahlung der Investoren herangezogen werden müsse?

Sibylle Meister (FDP) begrüßt die vorherige Schaffung der Ausgleichsflächen, um dann zügig Baurecht schaffen zu können. Hier gehe es um eine Zielbiotopentwicklungspflege. Zahle der Vorhabenträge diese nachher auch, oder bleibe diese beim Land Berlin hängen? Gebe es andere Gebiete, bei denen ähnlich verfahren werde?

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) berichtet, dass Ökokonto sei vorbereitet. Aus Sicht Berlins biete es einen doppelten Vorteil, es sei eine Win-win-Situation. Einerseits ermögliche es, Bauprojekte schneller zu realisieren, dem Land Berlin ermögliche es bei den Projekten, nicht immer mühsam suchen zu müssen, wo noch eine Fläche gefunden werden könne. Der Ausgleich müsse Eins-zu-eins erfolgen. So könnten auch naturschutzfachlich wertvollere, größere Dinge in Angriff genommen werden können. Das Ökokonto werde im Augenblick primär für die Realisierung der Berliner Projekte benötigt und reiche, um die großen stadtpolitischen Projekte zu realisieren. Dazu seien unterschiedliche Flächen ins Auge gefasst worden. Die Malchower Auenlandschaft sei die erste, die mit dem Senatsbeschluss vorbereitet worden

sei. Es gebe auch das Programm 1 000 Grüne Perlen, wo die Berliner Kleingewässer mit berücksichtigt werden sollten, um gerade auch die Kleingewässer qualitativ aufzuwerten und dort den Ausgleich vorzunehmen. Ausgleich bedeute, dass der Investor, unabhängig ob privat oder das Land Berlin, eine Fläche herstellen müsse und in der Regel 25 Jahre auch pflegen und unterhalten müsse. Es gehe nicht nur um die bauliche Herrichtung. Deswegen setze sich das haushaltstechnisch aus investiven Maßnahmen zusammen, die es jetzt im SIWA gebe. Im Haushalt seien auch konsumtive Aufgaben vorgesehen, 297 000 Euro, die hier relevant würden. Dies sei aber die Pflege bis 2046, 18 000 Euro pro Jahr, die dann nach der Realisierung des Projektes an das Land Berlin zurückflössen. Es solle so etwas wie einen revolvierenden Fonds geben, bei dem das Geld zurückflösse, das dann wieder zur Vorbereitung weiterer Projekte genutzt würde. Für die Anschubfinanzierung werde einmal das Geld benötigt. In den investiven Maßnahmen sei die Pflege in den ersten zwei Jahren mitabgedeckt.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3718 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 37 der Tagesordnung

- a) Vertraulicher Bericht SenUVK – IV A 2-4 – vom 16.06.2021
Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr
hier: Machbarkeitsstudien U-Bahn und Fahrzeugbeschaffungsplanung
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 14.04.2021)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
- 1582 L**
Haupt
Vertrauliche Beratung
- b) Bericht SenUVK – IV A 2-4 – vom 29.07.2021
Sachstandsbericht zu den U-Bahnplanungen und zur U3
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021)
- 2592 C**
Haupt

Christian Goiny (CDU) erinnert daran, er habe zu Beginn der Sitzung darum gebeten, eine Klärung hinsichtlich der Vertraulichkeit der Unterlagen herbeizuführen. Am Rande der Sitzung sei mit den Koalitionsfraktionen und SenUVK besprochen worden, der Tagesordnungspunkt solle heute vertagt und bis zur nächsten Sitzung eine Klärung bezüglich der Vertraulichkeit insbesondere der Anlagen herbeigeführt werden. In der nächsten Sitzung solle eine ergänzte Vorlage zur Verfügung gestellt werden. Er bitte deshalb um Vertagung. Er rege an, dass dann auch eine Vertretung der BVG zugegen sein solle.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet darum, dass die BVG-Studie zur Verlängerung der U 3 in den Datenraum eingestellt werde.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) sagt zu, die Studie werde in den Datenraum eingestellt. Zudem rege er an, zur nächsten Sitzung Vertreter der BVG einzuladen, damit diese Auskunft zu den Studien erteilen könnten.

Auf die Frage von **Sven Heinemann** (SPD), ob der Senatsverwaltung mittlerweile alle Studien vorlägen, erwidert **Staatssekretär Ingmar Streese** (SenUVK), dass dies der Fall sei. Es fehle hingegen die finale Zustimmung aus Brandenburg, dass die Studien veröffentlicht werden dürften. Er hoffe, dass dies in den nächsten Tagen geklärt werden könne.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Tagesordnungspunkt werde zur Sitzung am 8. September vertagt.

Punkt 38 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV A 3 – vom 07.06.2021
Entwicklung des Leihfahrradsystems
gemäß Auflage B. 45 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

[2953 A](#)
Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, ob der Dienstleistungsauftrag zur Neukonzeptionierung mittlerweile vergaben sei und wann der Ausschuss mit einer Vorlage der Ergebnisse rechnen könne.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) antwortet, der Dienstleistungsauftrag sei mit der Frist 23. August ausgeschrieben worden. Es seien Angebote eingegangen, die bereits ausgewertet seien. Er gehe davon aus, dass die Vergabe in dieser Woche abgeschlossen werden könne.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2953 A zur Kenntnis.

Punkt 39 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV B 1 – vom 01.07.2021
Aktionsbündnis „Wege über den Mauerstreifen“
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 28.04.2021)

[2564 AH](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2564 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 40 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – IV C 53 – vom 18.08.2021
Entnahme aus der Rücklage zur Verwendung in den Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV, Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs und Titel 54081 – Leistungen des S-Bahn-Verkehrs
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz
2020/2021

[3724](#)
Haupt

Sven Heinemann (SPD) verweist darauf, dass seit Januar die S-Bahnfahrzeuge der Baureihen 483 und 484 auf der Linie S 47 im Einsatz seien. Er wolle wissen, wie das Konzept für weitere Auslieferungen aussehe. Auf welchen Linien sollten die neuen Fahrzeuge verkehren?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) erklärt, der entsprechende Bericht könne zum 20. September 2021 vorgelegt werden.

Sibylle Meister (FDP) geht davon aus, dass es in der Vorlage um die coronabedingten Entschädigungen für den ÖPNV gehe. Habe Sie es richtig verstanden, dass insgesamt ein Schaden in Höhe von 341 Mio. Euro entstanden sei, wofür 147 Mio. Euro aus der Rücklage entnommen werden könnten? Demnach würden 193 Mio. Euro übrig bleiben, von denen allerdings nur 70 Mio. Euro ausgezahlt würden? Werde der Betrag von 193 Mio. Euro hälftig zwischen Bund und Land aufgeteilt? Wann solle die restliche Summe ausgeglichen werden?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) trägt vor, beim bundesweiten ÖPNV-Rettungsschirm würden die Ausgaben je zur Hälfte von Bund und Land getragen. Dies habe auch im Jahr 2020 gegolten, allerdings hätten damals noch nicht alle Summen komplett ausgezahlt werden können, weil die entsprechenden Berechnungen gefehlt hätten. Die entsprechende Summe sei in die Rücklage geflossen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3724 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 41 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 2 – vom 28.06.2021 [2949 A](#)
Umstellung auf alternative Busantriebe Haupt
gemäß Auflage B. 44 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2949 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 42 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 42 – vom 15.06.2021 [1178 L](#)
Fortschrittsbericht zum Umbau des Zentralen Haupt
Omnibusbahnhofes – Stand: 01.06.2021
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung
am 05.09.2018)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1178 L ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 43 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – V B – vom 17.06.2021 [2955 F](#)
Baumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 100 Mio. Haupt
Euro
gemäß Auflage A. 17 b) – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2955 F ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 43 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [2933](#)
Drucksache 18/2720
**Umbau des Autobahndreiecks Funkturm
stadtverträglich gestalten!**
Haupt
UmVerk(f)
StadtWohn*

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [2933 A](#), des Ausschusses UmVerk vom 12.08.2021 vor, den Antrag in neuer Fassung anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/2720 – möge gemäß der Beschlussempfehlung – rote Nr. 2933 A – des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Kultur und Europa – 08

Punkt 44 der Tagesordnung

Schreiben SenKultEuropa – I B St – vom 13.08.2021 [3712](#)
**Bitte um vorherige Zustimmung zu Entnahme aus
der Rücklage bezüglich Liquiditätsbedarf der
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH**
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz
2020/2021
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3712 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 45 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – I A He – vom 16.07.2021 [3063 C](#)
**Clubkultur als Teil von Berlin anerkennen und
stärken**
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 26.05.2021)
Haupt

Christian Goiny (CDU) fragt, ob es notwendig sei, die entsprechende Rechtsverordnung zu überarbeiten, nachdem der Senat entschieden habe, kein Rechtsmittel gegen den Gerichtsentscheid zur Thematik Öffnung der Innenräume von Clubs einzulegen. Welche Einschätzungen habe der Senat hinsichtlich des Bedarfs weiterer Anschubfinanzierungen? – Darüber hinaus interessiere seine Fraktion hinsichtlich des Freibades Plötzensee der aktuelle Stand des Bewilligungsverfahrens.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhler (SenKultEuropa) macht darauf aufmerksam, es sei noch nicht abschließend entschieden, ob der Senat Rechtsmittel gegen das Gerichtsurteil ein-

legen werde. Hinsichtlich der Überarbeitung der Rechtsverordnung sei er heute nicht auskunftsähig, weil sich erst am Freitag die entsprechende Arbeitsgruppe der Staatssekretäre diesbezüglich treffen werde. Wenn gegen das Urteil nicht angegangen würde, müssten Veränderungen an der Verordnung vorgenommen werden.

Auch die Kulturverwaltung gehe davon aus, dass es weiterer Anschubfinanzierungen bedürfe. Die bisherige Soforthilfe IV müsste dafür so modifiziert werden, dass denjenigen geholfen werden könne, die gleich zu Beginn der Pandemie Kredite aufgenommen hätten und unter diesen jetzt ächzten, zudem müsse das Anfahren der Einrichtungen unterstützt werden.

Christian Goiny (CDU) fragt, ob aus Sicht der Kulturverwaltung für Öffnungen des Indoorbereichs im Winterhalbjahr weitere Mittel erforderlich seien und wann das Parlament damit befasst werden solle.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhler (SenKultEuropa) weist darauf hin, dass Anträge auf zusätzliche Mittel in Absprache mit der Finanzverwaltung eingebracht würden. Er könne deshalb noch keine Termine nennen.

Christian Goiny (CDU) bittet um eine fachliche Einschätzung, ob es einen entsprechenden Bedarf im Winterhalbjahr geben werde.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhler (SenKultEuropa) bedauert, dass er dazu keine Aussagen machen könne, weil niemand wisse, wie sich die Pandemie entwickele. Der Senat gehe davon aus, dass es keinen weiteren Lockdown geben werde. Was dies aber genau für den Betriebsablauf bedeute und ob womöglich minimierte Besucherzahlen zu Defiziten führten, könne er heute noch nicht sagen. Er vermute, dass eine derartige Prognose Ende des dritten Quartals abgegeben werden könne.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (BA Mitte) unterstreicht, das Bezirksamt Mitte wisse um die Bedeutung der Clubkultur auch und gerade für den Bezirk Mitte. – Das Strandbad Plötzensee befindet sich baurechtlich gesehen im Außengebiet und sei von einem Landschaftsschutzgebiet umgeben. Insofern sei der Erwartung, dort große und laute Veranstaltungen stattfinden zu lassen, nur schwierig nachzukommen. Die vorhandene Baugenehmigung sehe vor, dass dort lediglich ein Barbetrieb stattfinden dürfe, es eine eingepegelte Lautsprecheranlage geben müsse und maximal 300 Personen Musik hören dürften, allerdings keine Livemusik. Vor diesem Hintergrund sei es schwierig, Veranstaltungen mit bis zu 1 000 Personen und einer erheblichen Geräuschentwicklung zu genehmigen.

Das Bezirksamt habe mit den Betreibern nach einem Kompromiss gesucht, der sich allerdings auf einer unsicheren rechtlichen Basis befindet: Man halte sich zwar an die Baugenehmigung, pandemiebedingt sei jedoch das Veranstaltungsverbot außer Kraft gesetzt worden. Derzeit werde geprüft, ob das Veranstaltungsverbot ausgesetzt werden könne, damit es keine Duldung, sondern ein reguläres Verfahren gebe.

In den Gesprächen mit den Betreibern sei deutlich geworden, welche Lasten ihnen seitens der Bäder-Betriebe auferlegt worden seien: nicht zu hohe und familienfreundliche Eintrittspreise, Unterhalt und Sanierung der denkmalgeschützten Anlage. Die Bäder-Betriebe argumentierten, zur Finanzierung könnten Großveranstaltungen herangezogen werden. Etwaigen Genehmi-

gungen stünden allerdings rechtliche Hürden im Weg. Dadurch werde deutlich, dass sich die Pächter in einer schwierigen Lage befänden. Aus seiner Sicht müsse für die Zukunft überlegt werden, wie dieser Konflikt aufgelöst werden könne.

Christian Goiny (CDU) vertritt die Auffassung, kein Veranstalter arbeite mit einer ungeregelten Lautsprecheranlage. Die in Rede stehende Fläche könne von mehr als 300 Personen genutzt werden. Aus seiner Sicht müsse auch die 22-Uhr-Grenze infrage gestellt werden. Sehe er es richtig, dass das Bezirksamt Genehmigungsgeber für das Bauamt sei? Wenn dem so sei, habe er noch nicht verstanden, worin konkret das Problem bestehe, die Baugenehmigung zu erweitern und Veranstaltungen für mehr Personen zuzulassen.

Daniel Wesener (GRÜNE) fragt, wann das Bezirksamt der Clubcommission und/oder dem Pächter mitgeteilt habe, dass es mit größeren Veranstaltungen auf dem Gelände womöglich Probleme geben könne.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (BA Mitte) erläutert, das Thema Veranstaltungen im Strandbad Plötzensee beschäftige das Bezirksamt seit Längerem. Alle kannten die Baugenehmigung, die mit jedem neuen Pachtvertrag ausgereicht worden sei. – Richtig sei, dass sich der Anspruch an das Strandbad verändert habe. Deshalb solle nach der laufenden Saison geschaut werden, wie die Baugenehmigung verändert werden könne, die nicht einfach kurzfristig außer Kraft gesetzt werden könne. Aus Sicht der Bauaufsicht beinhalte sie das maximal Zulässige, was bedeute, dass noch viele Fragen geklärt werden müssten. Derzeit kämen die Beschwerden nicht mehr von der Clubcommission und dem Betreiber, sondern aus der Nachbarschaft und von den Badegästen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3063 C zur Kenntnis.

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09

Punkt 46 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<u>3655</u>
Drucksache 18/3815	Haupt
Gesetz über die Einführung einer	GesPflegGleich
Pflegefachassistentenzausbildung für Berlin	
(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt)	

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3655 A](#), des Ausschusses GesPflegGleich vom 09.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit einer Änderung anzunehmen (einstimmig mit SPD, LINKE und GRÜNE bei Enthaltung CDU, AfD und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3815 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 47 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [1726](#)
Drucksache 18/1739
**Ausbildungen in Gesundheitsfachberufen attraktiver
gestalten — Schulgeldfreiheit bereits JETZT
ermöglichen**
Haupt
BildJugFam
GesPflegGleich(f)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses GesPflegGleich vom 09.08.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Oktober 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/1739 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung abgelehnt werden.

Punkt 47 A der Tagesordnung

Schreiben SenGPG – Krisenstab – vom 20.08.2021 [3726](#)
Entnahme aus der Rücklage für das Impfkonzept
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz
2020/2021
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3726 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 48 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 30.07.2021 [2977 D](#)
Gerätenutzung nach Schließung des CBZ
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2977 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 49 der Tagesordnung

- a) Bericht SenGPG – I F 11 – vom 21.05.2021 [1230 I](#)
Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021) Haupt
- b) Bericht Der Senat von Berlin – GPG I F 11 – vom 20.07.2021 [1230 J](#)
Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung von nicht krankenversicherten Menschen ohne Regelversorgung / Anonymer Krankenschein
gemäß Auflage B. 54 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1230 I und 1230 J ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 50 der Tagesordnung

- a) Bericht SenGPG – I E 1.10 – vom 31.05.2021 [2766 E](#)
Modellprojekt PrEP und Errichtung des Checkpoints BLN – Fortschrittsbericht
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021) Haupt
- b) Bericht SenGPG – I E 1.10 – vom 17.06.2021 [2766 F](#)
Modellprojekt PrEP und Errichtung des Checkpoints BLN – Fortschrittsbericht
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2766 E und 2766 F ohne Aussprache zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 17.03 Uhr bis 17.21 Uhr]

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 51 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP [2845](#)
Drucksache 18/2554 Haupt
Werkunterricht an Berliner Grundschulen einführen BildJugFam

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BildJugFam vom 12.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 18/2554 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie abgelehnt werden.

Punkt 52 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	3315
Drucksache 18/3072	Haupt
Fachlehrer- und Unterrichtsgarantie-Gesetz	BildJugFam

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BildJugFam vom 12.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der AfD-Fraktion – Drucksache 18/3072 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie abgelehnt werden.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet darum, die Beschlussempfehlung möge mit Dringlichkeit versehen werden.

Der **Ausschuss** lehnt dies ab.

Punkt 53 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU	3605
Drucksache 18/3714	Haupt
Bildungsgutscheine für Grundschülerinnen und -schüler mit Lernrückständen	BildJugFam

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BildJugFam vom 12.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen CDU und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/3714 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie abgelehnt werden.

Punkt 54 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der FDP [1076](#)
Drucksache 18/0626
Verantwortung zentralisieren – Bezirke unterstützen
– Schulen sanieren
Haupt(f)
BildJugFam*
InnSichO*
StadtWohn*

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses BildJugFam vom 08.11.2018 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE und GRÜNE gegen FDP bei Enthaltung AfD).

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses StadtWohn vom 21.03.2018 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP).

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses InnSichO vom 16.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP).

- b) Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion der FDP [1076 A](#)
Drucksache 18/0626-1
Verantwortung zentralisieren – Bezirke unterstützen
– Schulen sanieren
Haupt(f)
BildJugFam
InnSichO
StadtWohn

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion der FDP ab. Sodann empfiehlt er dem Abgeordnetenhaus wiederum ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 18/0626 – möge gemäß der Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse abgelehnt werden.

Punkt 54 A der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP [3729](#)
Drucksache 18/4036
Umgehende Beschaffung von mobilen Luftfiltern für alle Unterrichtsräume
Haupt
- b) Änderungsantrag des Abgeordneten Luthe (fraktionslos) [3729 A](#)
Haupt

in Verbindung mit

Punkt 54 B der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – ZS B – 24.08.2021
**Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung der
Beschaffung von weiteren Luftreinigungsgeräten für
die Berliner Schulen**
gemäß § 12a Abs. 3 Nachtragshaushaltsgesetz
2020/2021

[3740](#)

Haupt

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 55 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – I A PG / I A 3 – vom
13.08.2021
Planungen zur Beschaffung von Corona-Schnelltests
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 26.05.2021)

[3584 A](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3584 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 56 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – II A – vom 27.07.2021
**Inanspruchnahme des kostenbeteiligungsfreien
Mittagessens in der Grundschule**
gemäß Auflage B. 73 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[2341 C](#)

Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) wirft die Frage auf, weshalb das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg in mehreren Fällen den Bioanteil am kostenfreien Mittagessen an Grundschulen nicht habe ermitteln können und welche Folgen dies habe.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) macht darauf aufmerksam, dass es sich um Vertragsverhältnisse zwischen Schulträger und Caterer handele. SenBildJugFam gehe davon aus, dass die Qualitätskontrollstelle Schulverpflegung eingeschaltet werden könne, wenn Qualitätsstandards nicht eingehalten würden. – Zum Einzelfall werde sie das Bezirksamt befragen und dann nachträglich schriftlich berichten.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Bericht rote Nr. 2341 C zur Kenntnis genommen und ein Bericht zum 30. September 2021 zugesagt seien.

Punkt 57 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – II D 1 – vom 30.07.2021 [3391 C](#)
Folgebericht zu künftigen Initiativen und Konzepten Haupt
zum Abbau von Lernrückständen
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 28.04.2021)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3391 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 58 der Tagesordnung

Schlussbericht SenBildJugFam – II G 7 – vom [3363 F](#)
16.07.2021 Haupt
**Mehr soziale Sicherheit für Volkshochschul-
Dozent*innen**
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie danke ausdrücklich dafür, dass es gelungen sei, für die Dozentenschaft an den Volkshochschulen Gutes zu leisten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3363 F zur Kenntnis.

Punkt 59 der Tagesordnung

Bericht Der Senat von Berlin – BildJugFam III D – vom [1190 R](#)
22.07.2021 Haupt
**Gesamtstädtisches Fach- und Finanzcontrolling der
Hilfen zur Erziehung**
– Bericht 2021 –
gemäß Auflage A. 15 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass innerhalb der Verwaltung organisiert werde, die Thematik junge Volljährige so aufzubereiten, dass darüber in den kommenden Haushaltsberatungen substantiell berichtet werden könne. Aufgrund des Legislaturperiodenwechsels verzichte sie an dieser Stelle auf die formale Beantragung eines Folgeberichts.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1190 R zur Kenntnis.

Punkt 60 der Tagesordnung

- a) Vertraulicher Bericht SenBildJugFam – V A 23 – vom 16.08.2021
Wirtschaftlichkeit der Kita-Eigenbetriebe – Bericht 2021
gemäß Auflage B. 63 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

0489 L
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- b) Vertrauliche Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum
Vertraulicher Bericht SenBildJugFam – V A 23 – vom 22.09.2020
Wirtschaftlichkeit der Kita-Eigenbetriebe und Bericht zu Instandhaltungs- und Erhaltungskosten
gemäß Auflage B. 63 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21 und Berichtsauftrag aus der 50. Sitzung vom 21.08.2019

0489 H-1
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- c) Vertraulicher Bericht SenBildJugFam – V A 23 – vom 02.08.2021
Themenkomplex Kita-Eigenbetriebe hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)

0489 H-3
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- d) Bericht SenBildJugFam – V A 23 – vom 28.05.2021
Wirtschaftlichkeit der Kita-Eigenbetriebe und Bericht zu Instandhaltungs- und Erhaltungskosten hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)

0489 K
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0489 L, 0489 H-3 und 0489 K sowie die Fragen rote Nr. 0489 H-1 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 61 der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – V A 2 LaPro 1 – vom
16.08.2021

[3559 A](#)
Haupt

Zuschüsse für Investitionen an Träger im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms

- 1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre nach § 22
LHO gesperrt veranschlagten
Verpflichtungsermächtigung**
- 2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, eine zusätzliche
überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung
zuzulassen**

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3559 A wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 62 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3908

[3668](#)
Haupt
IntArbSoz

Gesetz über das erweiterte Beschwerdewesen bei der Flüchtlingsunterbringung und zur Änderung von Landesämtererrichtungsgesetzen

(vorab auf Antrag des Senats gem. § 32 Abs. 4 GO
Abghs überwiesen)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses IntArbSoz vom 12.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP gegen AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 63 der Tagesordnung

- a) Vertraulicher Bericht SenIAS – III A 1.9 – vom
26.07.2021

[0316 T](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vierteljährlicher Bericht zur Flüchtlingsunterbringung – 1. Quartal

Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 12.05.2021)

- b) Bericht SenIAS/LAF – ZS D 23 / III A 1.9 – vom 30.07.2021 [0316 U](#)
Haupt

**Vierteljährlicher Bericht zur
Flüchtlingsunterbringung – 2. Quartal 2021**
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung
vom 18.01.2017)

- c) Bericht SenIAS – III A 1.7 – vom 23.06.2021 [2950 B](#)
Modulare Unterkünfte für Geflüchtete (MUF)
gemäß Auflage B. 81 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

Christian Goiny (CDU) fragt, wie viele Wohnungen in der Modularen Unterkunft für Geflüchtete – MUF – am Osteweg in Lichtenfelde bereits belegt seien, welcher Personenkreis dort untergebracht sei, wer die Belegung vornehme und wer Träger der Einrichtung sei. – Wo sollten die in Berlin eingetroffenen afghanischen Ortskräfte untergebracht werden und wie werde deren Betreuung organisiert?

Torsten Hofer (SPD) ruft in Erinnerung, im Jahr 2018 habe es einen Bericht über die Nachnutzungsperspektive der MUFs gegeben. Er bitte um eine tabellarische Übersicht, welche MUFs bereits vorhanden seien, welche sich noch im Planungsstadium befänden, wer die jeweiligen Träger seien und wie die Nachnutzungsperspektive aussehe bzw. ob einzelne Einrichtungen dauerhaft zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden sollten. Konkret interessiere ihn das MUF in der Kirchstraße im Bezirk Pankow, das sich seines Wissens im Naturpark Barnim befindet. Stehe dieser Umstand einer Nachnutzung zum dauerhaften Wohnen entgegen?

Offensichtlich verfügten Menschen aus der Republik Moldau, die Asylanträge stellten, über keine Bleibeperspektive. Gleichwohl stellten sie verstärkt im Land Berlin Asylanträge. Handele es sich dabei um eine Besonderheit im Land Berlin oder sei dies bundesweit feststellbar? Könnten Anreize für dieses Verhalten minimiert werden? Wie könne auf andere Art Hilfe geleistet werden?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) berichtet, das MUF im Osteweg werde vom Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk – EJF – betrieben. Es seien dort 100 Geflüchtete untergebracht, die Kapazität belaufe sich auf 180 bis 190 Plätze. 80 Plätze würden für afghanische Ortskräfte vorgehalten.

Die Bundesländer seien von der Bundesregierung gebeten worden, bei der Unterbringung der ausgeflogenen afghanischen Ortskräfte behilflich zu sein. Deshalb sei im Süden der Stadt eine Unterkunft eröffnet worden, in der rund 200 afghanische Ortskräfte untergebracht seien. Betreiber dieser Unterkunft sei der Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung Betriebsteil B. Es gebe dort auch eine minimalmedizinische Betreuung durch einen sozialen Dienstleister. Nachdem die Menschen zur Ruhe gekommen seien, würden seitens des Bundes die aufenthalts- und leistungsrechtlichen Verhältnisse geklärt. Der Bund habe in Aussicht gestellt, die Kosten für die sogenannten Ankommensunterkünfte dem jeweiligen Bundesland zu erstatten. Derzeit werde eine zweite Unterkunft für diesen Personenkreis ertüchtigt.

Seit Mai/Juni sei im Ankunftszentrum ein erhöhter Zuzug aus den Bürgerkriegsgebieten, aber auch aus Georgien und der Republik Moldau feststellbar. Der starke Zuzug aus der Republik Moldau nach Berlin hänge damit zusammen, dass das Land Berlin bis vor drei Jahren allein für diesen Personenkreis zuständig gewesen sei. Mittlerweile seien auch noch die Länder Bayern, Hessen und – so glaube er – Rheinland-Pfalz zuständig, die sich jedoch geografisch alle weiter entfernt befänden.

Die Senatsverwaltung beteilige sich nicht an Spekulationen, ob es Anreize dafür gebe, dass sich Menschen aus der Republik Moldau auf den Weg nach Berlin machten. Wenn Menschen einen Asylantrag stellten, müsse dieser durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF – geprüft werden. Für Asylbegehrende müssten Leistungen gezahlt werden. Im März 2020 sei im Zuge der Pandemie beschlossen worden, aus Gesundheitsschutzgründen die Bargeldleistungen nicht für einen, sondern drei Monate auszuzahlen. Diese Regelung befindet sich derzeit auf dem Prüfstand. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten sei gebeten worden, wieder auf monatliche Auszahlungen umzustellen, was wiederum bestimmte organisatorische Prozesse voraussetze. – Den Bericht zu den MUFs sage er zum 30. September 2021 zu.

Thorsten Weiß (AfD) fragt, ob es zutreffe, dass das Bezirksamt Reinickendorf sich der Errichtung eines MUFs am Standort Roedernallee widersetze. Ausweislich des Berichts befindet sich der Standort in der Prüfung. Wie sei der aktuelle Stand und wann solle mit dem Bau der Unterkunft begonnen werden?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) erklärt, diese Fragen würden ebenfalls schriftlich beantwortet.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0316 T, 0316 U und 2950 B zur Kenntnis.

Punkt 64 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF vom 09.08.2021	<u>3700</u>
Verlängerung der Mietverträge zur Anmietung eines Objektes zur Unterbringung von Geflüchteten Zustimmung zur Verlängerung der Mietverträge gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21	Haupt Vertrauliche Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3700 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 65 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II C 1 / II C 1.3
– vom 12.08.2021

**Anmietung von durch die kommunalen
Wohnungsbau gesellschaften errichteten modularen
Unterkünften für Flüchtlinge (MUF) – 2.
Wahrnehmung von Weiteranmietungsoptionen
Zustimmung zur Wahrnehmung des zweiten
Optionsrechts auf Verlängerung des bestehenden
Mietvertrags**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3713](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3713 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 66 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – III E 1.1 / III E 1.4 – vom 23.07.2021

**Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus
dem Rahmenfördervertrag mit den
Wohlfahrtsverbänden
hier: Standards für eine gemeinsame
Berichterstattung in den Förderprogrammen
Integriertes Sozialprogramm, Integriertes
Gesundheits- und Pflegeprogramm und
Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 03.03.2021
und der 87. Sitzung vom 17.03.2021)

[3383 B](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3383 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 67 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – III F 1.2 – vom 26.07.2021

**Sachstandbericht zur Vorbereitung der Kältehilfe
2021/2022 und Nutzung der 24/7-Unterkünfte für die
Kältehilfe**
(Berichtsaufträge aus der 89. Sitzung vom 28.04.2021
und aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021)

[3683](#)

Haupt

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Stadtentwicklung und Wohnen – 12

Punkt 68 der Tagesordnung

- a) Bericht SenStadtWohn – II B 12 – vom 06.07.2021 [1391 W](#)
Flughafenareal Tempelhof, Umbau
AlliiertenMuseum – Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 03.03.2021) Haupt
- b) Bericht SenStadtWohn – II B – vom 13.07.2021 [1391 Y](#)
SIWA Baumaßnahmen zur Sanierung des
Flughafengebäudes Tempelhof
Betondeckensanierung der Hangardächer 2 bis 7
Bericht gemäß roter Nr. 1391 P Haupt
- c) Bericht Der Senat von Berlin – StadtWohn II B – vom 03.08.2021 [1391 Z](#)
Flughafenareal Tempelhof (Planung und
Entwicklungen) und Hangarnutzung
gemäß Auflage B. 86 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21 Haupt

Vertagt zur Sitzung am 8. September 2021.

Punkt 69 der Tagesordnung

- Bericht SenStadtWohn – II C 3 – vom 31.05.2021 [2628 I](#)
Bebauungsplan 2-36
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 03.03.2021) Haupt

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 69 A der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung – [3564](#)
Drucksache 18/3593
Änderung des Berliner Flächennutzungsplans (FNP
Berlin) Haupt StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 18.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3593 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 69 B der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3792
**Änderung des Berliner Flächennutzungsplans (FNP
Berlin)**

3667
Haupt
StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 18.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3792 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 69 C der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3969
**Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 9-
17VE vom 15. Dezember 2020 mit Deckblatt vom
16.7.2021 für eine Teilfläche des städtebaulichen
Entwicklungsgebietes „Berlin-Johannisthal/
Adlershof“, Grundstück Eisenhutweg 54/76 im
Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteil Johannisthal**

3708
Haupt
StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 18.08.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3969 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 69 D der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [3636](#)
Drucksache 18/3781
**Fusion von Vonovia und Deutsche Wohnen –
Chancen für Berliner Mieterinnen und Mieter
richtig nutzen!** Haupt
StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 18.08.2021 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE, AfD und FDP gegen CDU).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/3781 möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen abgelehnt werden.

Punkt 70 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – IV Fin – vom 26.07.2021 [0259 I](#)
**Mittelabfluss und Einnahmeerwartung in den
Kapiteln 1240 und 1295 (Programmtitel
Wohnungsbauförderung)** Haupt
1. Halbjahresbericht 2021
gemäß Auflage B. 87 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Sven Heinemann (SPD) kündigt an, seine Fraktion werde Fragen zu Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt – beim Ausschussbüro einreichen.

Daniel Wesener (GRÜNE) bezieht sich darauf, dass die Härtefallmittel für die Mieterinnen und Mieter, die aufgrund des Wegfalls des Mietendeckels eingestellt worden seien, nur zu 25 Prozent ausgeschöpft worden seien. Aus haushälterischer Sicht störe ihn dies nicht, er wolle nur wissen, ob alle Hilfsbedürftigen Hilfe erhalten hätten.

Zu Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus – habe er bei Titel 33102 – Zuweisungen des Bundes für Investitionen – den dort greifenden Mechanismus nicht verstanden. Weshalb blieben dort 60 Mio. Euro einfach stehen?

Sibylle Meister (FDP) wendet sich ebenfalls Kapitel 1240 zu, hierbei Titel 89382 – Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten und Förderung zur Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften –, wozu ausgeführt werde, dass man bei der Entwicklung der Wohnbauprojekte und Stadtquartiere nicht weitergekommen sei, weil die Vorkaufsrechte nicht hätten ausgeübt werden können, da die Vorkaufsgebiete nicht rechtzeitig beschlossen worden seien. Habe sich an diesem Umstand mittlerweile etwas geändert?

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn) trägt vor, es habe rund 1 500 bis 1 600 Antragstellende für die Härtefallmittel gegeben. Antragsvolumen und die bewilligten knapp 2,5 Mio. Euro klafften nicht wesentlich auseinander. Bei einem Teil der Anträge hätten sich die Antragstellenden bei Nachfragen nicht zurückgemeldet, sodass die Anträge nicht weiter hätten bearbeitet werden können, bzw. hätten die Beträge aus eigenen Mitteln beglichen werden können.

Die Umstellung der Förderung des Bundes beruhe auf dem Entflechtungsgesetz. Die Förderung sei über Verwaltungsvereinbarungen soziale Wohnraumförderung bereits für das Jahr 2020 umgestellt worden und sei abhängig vom Auszahlungsstand der Förderung im Programmjahr 2020. Es würden keine Pauschalen mehr abgerufen, sondern der Abruf erfolge anhand der Auszahlungen, die das Land Berlin im Jahr 2020 getätigt habe. Sie gehe davon aus, dass dafür nicht mehr der adressierte Titel genutzt werde.

In einzelnen Vorkaufsrechtsgebieten sei es zu Verzögerungen gekommen. In den letzten Senatssitzungen seien Vorkaufsrechtsgebiete festgesetzt worden, beispielsweise Späthsfelde.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass die Umstellung der Förderung des Bundes von pauschalen Kompensationszahlungen gemäß Entflechtungsgesetz auf eine Verwaltungsvereinbarung soziale Wohnraumförderung mittels Bericht dargestellt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Bericht zum 30. September 2021 erfolge und der Bericht rote Nr. 0259 I zur Kenntnis genommen sei.

Punkt 71 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – IV A 14 – vom 04.06.2021

0425 N

Schaffung Wohnraum

Haupt

hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU

(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 14.04.2021)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0425 N ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 72 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – V AbtL – vom 09.07.2021

0128 AK

Modulare Gebäude zur Unterbringung von

Haupt

Asylbegehrenden

2. Quartalsbericht 2021

(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 97. Sitzung der 17. WP vom 02.12.2015, aus der 19. Sitzung vom 20.10.2017 und Berichtsauftrag aus der 29. Sitzung vom 17.01.2018)

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 0128 AK ohne Aussprache zur Kenntnis.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 73 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1495
Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG)

[1665](#)

Haupt
WiEnBe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe vom 16.08.2021 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU bei Enthaltung AfD und FDP).

hierzu:

- b) Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1495-1
Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG)

[1665 A](#)

Haupt
WiEnBe

- c) Stellungnahme des Senats – SenWEB II D 14 – vom 21.02.2019 zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1495
Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG)

[1665 B](#)

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion – rote Nr. 1665 A – ohne Aussprache ab. Sodann empfiehlt er dem Abgeordnetenhaus, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/1495 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe abgelehnt werden. – Die Stellungnahme des Senats – rote Nr. 1665 B – werde zur Kenntnis genommen.

Punkt 74 der Tagesordnung

- Bericht SenWiEnBe – III B 21 – vom 26.07.2021
Sachstandsbericht zum Gesamtkonzept Soforthilfe 2021 zur Neuverteilung von insgesamt 500 Mio. € aus Mitteln für Corona-Hilfsmaßnahmen
hier: Maßnahme Nr. 10 – Unterstützung für die Unternehmen der Clubbranche
(Berichtsauftrag aus der 92. Sitzung vom 09.06.2021)

[3385 O](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3385 O ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 75 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe – IV B 21 – vom 23.07.2021

3685

Weitere Entnahme aus der Rücklage gemäß

Haupt

§ 62 LHO

Hier: Verstärkung des Titels 83103 –

Kapitalzuführung an die Messe Berlin

(in der 93. Sitzung am 11.08.2021 vertagt)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung – ILA – zum Verlust der Messe Berlin beitragen werde.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe) antwortet, die Durchführung der ILA werde zu keinen negativen Auswirkungen bei der Messe führen, weil es eine Vereinbarung gebe, mit der die Länder Berlin und Brandenburg eine Ausfallgarantie aussprächen. Wenn die ILA in der kleinen Form durchgeführt werde, von der sie zuletzt Kenntnis gehabt habe, könne die Veranstaltung ohne ein Minus durchgeführt werden.

Auf die Frage von **Steffen Zillich** (LINKE), ob die Zusagen des Landes Brandenburg – Verlustausgleich bereits im Jahr 2020 – eingehalten worden seien, erwidert **Staatssekretärin Barbro Dreher** (SenWiEnBe), dass dies der Fall sei. Die Irritationen seien aufgrund von Hörensagen entstanden. Die Messe habe sich über die Bundesrechtsrahmenrichtlinie Ausfälle aufgrund von Corona zum Teil erstatten lassen können. Deshalb seien die Zahlungen des Landes Brandenburg in geringerem Umfang benötigt worden als ursprünglich vereinbart.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3685 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 76 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.